

**Baumüller/Brunn/
Fritz/Hillmann**

AsylVfG

**Kommentar zum
Asylverfahrensgesetz**

Luchterhand

Kommentar zum Asylverfahrensgesetz

vom 1. August 1982

von

Dr. Peter Baumüller

Dr. Bernd Brunn

Dr. Roland Fritz

Bernd Hillmann

Luchterhand

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Kommentar zum Asylverfahrensgesetz : (AsylVfG)
Peter Baumüller . . . – Neuwied : Luchterhand, 1983.
ISBN 3-472-32307-8
NE: Baumüller, Peter [Mitverf.]

Alle Rechte vorbehalten.

© 1983 by Hermann Luchterhand Verlag,

Neuwied und Darmstadt.

Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke
nicht gestattet.

Gesamtherstellung: Druck- und Verlags-Gesellschaft mbH, Darmstadt.

Printed in Germany, Januar 1983.

Vorwort

Am 1. 8. 1982 ist das neue Asylverfahrensgesetz in Kraft getreten. Es ist als Ergebnis eines heftigen Ringens in den politischen Instanzen Ausdruck des Zwanges zum Kompromiß, wie er in der demokratischen Willensbildung unausweichlich ist.

Das Gesetz formuliert eine Fülle von Regeln für das Verwaltungsverfahren und die Prozesse in Asylsachen, die schon wegen ihrer Neuartigkeit die Praxis vor erhebliche Probleme stellen werden. Das gilt etwa für das Institut des unbeachtlichen Asylantrags, den fakultativen Einzelrichter, die Zulassungsberufung und besondere Formen des gerichtlichen Eilverfahrens. Das Gesetz überträgt außerdem den Ausländerbehörden zusätzliche und schwierige Aufgaben, mit denen ein erhebliches Prozeßrisiko verbunden ist. Dies um so mehr, als die deutlich reduzierte verfahrensrechtliche Position des Asylsuchenden eine sehr sorgfältige Rechtsanwendung erzwingt. Anderenfalls wird der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit, der während des Gesetzgebungsprozesses und danach gegen eine Reihe von Vorschriften erhoben worden ist, noch nachdrücklicher vorgetragen werden. Wegen der besonderen Stellung des Bundesverfassungsgerichts in Streitigkeiten um das Asylgrundrecht werden vor allen Dingen Rechtsanwälte die Klärung von Streitfragen durch das oberste Gericht betreiben.

Angesichts dieser Ausgangslage bemühen sich die Verfasser um einen Leitfaden für die Praxis, die sich zwischen den Geboten der Staatsraison und des Rechtsstaats hindurchfinden muß und hierbei das Grundrecht des politisch Verfolgten auf Asyl nicht verletzen darf. Deshalb widmet sich der Kommentar insbesondere den Problemen der Ausländerbehörden, aber auch denen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge und der Verwaltungsgerichte.

Daneben ist der Versuch, in der Kommentierung auch die dogmatischen Eigenheiten des Asylgrundrechts herauszuarbeiten, nur ergänzender Aspekt; daß er gleichwohl nicht in erster Linie theoretischer Natur ist, sondern verfahrens- und materiellrechtliche Konsequenzen hat, versteht sich von selbst.

Ebenso versteht sich von selbst, daß nicht in jeder Hinsicht endgültige und unanfechtbare Lösungen vorgeschlagen werden können. Das folgt schon daraus, daß jede Rechtswirklichkeit die vorausschauende Phantasie des Rechtsdenkers überragt. Die Verfasser hoffen deshalb, daß neue Probleme und Problemlösungen in möglichst großem Umfang an sie herangetragen werden.

Es ist ein guter Brauch, an dieser Stelle Dank auszusprechen:

Dieser gilt zunächst Herrn Heinz Stanek M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Informations- und Dokumentationsstelle für Asylverfahren des VG Wiesbaden, der die Entstehungsgeschichte des Asylverfahrensgesetzes aus politik-wissenschaftlicher Sicht strukturiert und in seinen Kompromiß-Linien verständlich macht.

Besonderer Dank gebührt darüber hinaus Frau Ilona Fischer, Frau Inge Groß und Frau Silvia Ledwinka, ohne deren Einsatz das Werk so nicht hätte entstehen können.

Wiesbaden, im Dezember 1982

Die Verfasser

Bearbeiterhinweis

Mit dem Werk haben die Verfasser ein gemeinsames Anliegen verwirklicht. Sie sind für die Rahmenbedingungen, das Konzept und die allgemeinen Grundsätze verantwortlich. Ihnen gemeinsam ist auch das der Kommentierung zugrundeliegende Verständnis des Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG und die Interpretation der abschnitts- und einzelnormenübergreifenden Schwerpunkte.

Im einzelnen haben bearbeitet:

Vorbemerkung und §§ 1–5, 7, 11, 14, 15, 37,
43 (Nr. 1–4), 44

Baumüller

§§ 10, 19–29, 32 (III), 39

Brunn

§§ 6, 8, 9, 12, 13, 16–18, 32 (IV)

Fritz

§§ 30, 31, 32 (I u. II), 33–36, 40, 43 (Nr. 5)

Hillmann

Zur Entstehungsgeschichte des Asylverfahrensgesetzes

Stanek

Das Manuskript wurde im September abgeschlossen. Literatur und Rechtsprechung konnten im wesentlichen bis einschließlich Oktober 1982 berücksichtigt und eingearbeitet werden.

Bei den Fundstellen wurden, soweit möglich, zwei Referenzkriterien benannt, um die Möglichkeit eines »Zugriffs« auf die Information zu erweitern.

§§ ohne Angabe eines Gesetzes sind Paragraphen des Asylverfahrensgesetzes.

Literaturverzeichnis

- Baer*, Rechtlicher Status der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der BRD. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 1981, 165
- Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann*, Zivilprozeßordnung 40. Auflage, 1982
- Baumüller*, Art. 16 Abs. 2 S. 2 GG als Grundrecht des status negativus, NVwZ 1982, 222 ff.
- Baur*, Buchbesprechung ZZZ 91, 323
- Becker/Braasch*, Recht der ausländischen Arbeitnehmer, 1980
- Beitz/Wollenschläger* (Hrsg.), Handbuch des Asylrechts, 2 Bände, 1981 (Zitierweise: Bachmann, in Beitz/Wollenschläger, 700)
- Benfer*, Anmerkung (zu VG Freiburg) NJW 1980, 902 f.
- Berg-Schlosser/Maier/Stammen*, Einführung in die Politikwissenschaft, 2. Auflage, 1977.
- Bettermann*, Hundert Jahre Zivilprozeßordnung, ZZZ 91, 365
- Blankenburg*, Über die Wirksamkeit und Unwirksamkeit einer Zivilprozeßnovelle, JZ 1979, 216 ff.
- Burdeau*, Traité de science politique, Tome premier: le pouvoir politique, Paris, 1966
- Citron-Piorkowski/MacLean*, Die Zurechnung des Anwaltsverschuldens bei Versäumung der Klagefrist im Asylverfahren, InfAusLR 1981, 257 f.
- Columbus*, Arbeitspflicht für Asylbewerber?, ZAR 1982, 148
- Creutzfeld*, Anhörung von Asylbewerbern vor Behörden und Verwaltungsgerichten, NVwZ 1982, 88 ff.
- Czermak*, Bemerkungen zu Herrmann, Probleme des Asylrechts in der richterlichen Praxis (ZAR 1981, 111 ff.), ZAR 1982, 47 f.
- Deibel*, Örtliche Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte in Streitigkeiten über die Anerkennung als Asylberechtigter, NJW 1981, 498 f.
- Dreher/Tröndle*, StGB, Kommentar, 40. Aufl. 1981
- Ehlers*, Asylverfahrensrecht – Wie man ein Grundrecht wegverwaltet, Frankfurter Hefte, 1981, 32
- Engelhardt*, VwVG. VwZG, Kommentar, 1979
- Eymann/Fröhler*, Kommentar z. VwGO, 8. Aufl. 1980
- Finkelburg*, Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsstreitverfahren, 2. Auflage, 1979
- Fliegauf*, Asylabhängige Aufenthaltserlaubnis, DÖV 1981, 714 ff.
- Fliegauf/Maurer*, Problem des Entwurfs eines Asylverfahrensgesetzes, DÖV 1982, 421 ff.
- Fliegauf/Maurer*, Beschleunigung des Asylverfahrens, Kommentar, 1981
- Fischer*, Einige prozessuale Probleme des Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens, NJW 1981, 487 ff.
- Franke*, Politisches Delikt und Asylrecht, 1979
- Franz*, Zusammenstellung der Arbeitsgruppe II der Arbeitstagung über »Grenzfragen des innerdeutschen Asylrechts«, (1.–3. Dezember 1975 in Bonn), S. 107 ff., Otto Bock-Stiftung, Heft 1 der Reihe: Asylrecht, 3. Aufl. 1982
- Franz*, »Mißbräuchlich« gestellte Asylanträge? NJW 1979, 1082 f.
- Fuchs*, Ausländerrechtliche Klausurtagung in der Evangelischen Akademie Hofgeismar, DÖV 1982, 152 ff.
- Fugmann*, Erkennungsdienstliche Maßnahme zu präventiv-polizeilichen Zwecken, NJW 1981, 2227 ff.
- Gerhardt/Jacob*, Neue Probleme des Asylverfahrens, DÖV 1980, 750 ff.
- Gerhardt/Jacob*, Massenverfahren und Musterprozeß vor den Verwaltungsgerichten, DÖV 1982, 345 ff.

Literaturverzeichnis

- Gilles, Zum Bedeutungszuwachs und Funktionswandel des Prozeßrechts, JuS 1981, 402 ff.
- Goerlich, Grundrechte als Verfahrensgarantien, 1981
- Grunsky, Grundlagen des Verfahrensrechts, 2. Aufl., 1974
- Gusy, Asylrecht und Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland, 1980
- Hailbronner, Zur Reform des Asylverfahrensrechts, ZAR 1981, 96 ff.
- Hanisch, Zum Inhalt einer 3. Asylrechtsnovelle, ZRP 1981, 9
- Heine, Ein Grundrecht wird verwaltet, in: Bewährungsprobe für ein Grundrecht, a (Hrsg.), Baden-Baden, 1978
- Heldmann, Ausländerrecht, Alphabetischer Wegeweiser, 2. Aufl., 1979
- Henkel, Anatomie des deutschen Asylverfahrens, NJW 1980, 479 ff.
- Henkel, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über das Asylrecht, ZAR 1981, 85 ff.
- Henkel, Anm. z. Ur. d. BVerwG zur Frage des Aufenthaltsstatus von Asylbewerbern v. 19. 5. 1981, DVBl. 1981, 1101 ff.
- Henkel, Wege zur Gesundung des deutschen Asylrechts, ZRP 1980, 67 ff.
- Herrmann, Probleme des Asylrechts in der richterlichen Praxis, ZAR 1981, 111 ff.
- Hillmann, Probleme des Asylverfahrens in der Praxis von Verwaltungsgerichten, in Sievering (s. d.)
- Holch, Prozeßverschleppung durch den Einzelrichter, ZRP 1980, 38 ff.
- Holland, Verwaltungsrechtsschutz gegenüber erkennungsdienstlichen Maßnahmen der Kriminalpolizei, JuS 1968, 559 ff.
- Huber, Entwicklung des Ausländer- und Arbeiterlaubnisrechts im Jahre 1980, NJW 1981, 1868 ff.
- Huber, Die Entwicklung des Ausländer- und Arbeiterlaubnisrechts im Jahre 1981, NJW 1982, 1914 ff.
- Huber, Erkennungsdienstliche Behandlung von Asylbewerbern, InfAuslR 1981, 38 ff.
- Huber, Urteilsanmerkung zu OLG Frankfurt, Beschl. vom 8. 1. 1981, – 2 Ss 632/80 –, InfAuslR 1981, 96 f.
- Jacob, § 34 AuslG und der Grundsatz der Rechtsmittelklarheit, DVBl. 1979, 569 ff.
- Jauernig/Schlechtriem/Stürmer/Teichmann/Vollkommer, Bürgerliches Gesetzbuch, 2. Aufl., 1981
- Kanein, Die Asylrechtsgarantie, NJW 1980, 1985 ff.
- Kanein, Ausländergesetz, 3. Aufl, 1980
- Kanein, Aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegen Asylsuchende, NJW 1981, 2614 ff.
- Kanein, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des 2. Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens vom 19. 12. 1980 (BR-Drucksache 432/2/80), ZAR 1981, 102 ff.
- Kimminich, Asylrecht und Auslieferungspflicht, JZ 1980, 174 ff.
- Kimminich, Asylrecht, 1968
- Kimminich, Der Aufenthalt von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland, 1980
- Kissel, Gerichtsverfassungsgesetz, Kommentar, 1981
- Kissel, Sorgen um die Justiz, DRiZ 1981, 219 ff.
- Kloesel/Christ, Deutsches Ausländerrecht, Loseblattkommentar, Stand März 1982
- Knack, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 2. Aufl., 1982
- Koch/Steinmetz, Gegen Einzelrichter im Verwaltungsprozeß, DÖV 1981, 50 ff.
- Kopp, Entlastung der Verwaltungsgerichte und Beschleunigung des Verfahrens nach dem Entwurf einer Verwaltungsprozeßordnung, DVBl. 1982, 613 ff.
- Kopp, Der Vertreter des öffentlichen Interesses in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, DVBl. 1982, 277 ff.
- Kopp, Verwaltungsgerichtsordnung, 5. Aufl., 1981
- Kopp, Verwaltungsverfahrensgesetz, 2. Aufl., 1980

- Kopp*, Das rechtliche Gehör in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, AöR 106 (1981), 604
- Kopp*, Gutachten B zum 54. Deutschen Juristentag, »Welchen Anforderungen soll eine einheitliche Verwaltungsprozeßordnung genügen, um im Rahmen einer funktionsfähigen Rechtspflege effektiven Rechtsschutz zu gewährleisten?« Band I Teil B, 1982
- Kramer*, Die Einzelrichternovelle und Art. 101 I 2 GG, JZ 1977, 11 ff.
- Kreitel*, Präklusion verspäteten Vorbringens im Verwaltungsprozeß? BayVBl 1982, 359 ff.
- Krüger*, Allgemeine Staatslehre, 2. Aufl., 1966
- Lässig*, Das neue Revisionsrecht – Kritik einer Reform, NJW 1976, 269
- Laubinger*, Heilung und Folgen von Verfahrens- u. Formfehlern, VerwArch 72 (1981), 333 ff.
- Laubinger*, Grundrechtsschutz durch Gestaltung des Verwaltungsverfahrens, VerwArch 73 (1982), 60 ff.
- Leibholz/Rinck*, Grundgesetz, 6. Aufl., ab 1979
- Linhart*, Anmerkung zu BayVGh, Urt. vom 27. 10. 1981, Nr. 8 B – 1061/79 in BayVBl 1982, 214 ff.
- Lüke*, Kostenvorschußpflicht im verwaltungsgerichtlichen Verfahren, NJW 1978, 928 ff.
- Maetzel*, Die Sprungrevision im Verwaltungsprozeß, MDR 1966, 93
- Marcelli*, Nochmals: Zwangsweise erkennungsdienstliche Behandlung, Kriminalistik 1964, 607 ff.
- Martens*, Streitgenossenschaft und Beiladung, VerwArch 60 (1969), S. 197 ff. u. 356 ff.
- Martens*, Die Praxis des Verwaltungsprozesses, JuS-Schriftenreihe, 1975
- Martens*, Die Rechtsprechung zum Verwaltungsverfahrensrecht, NVwZ 1982, 13
- Marx*, Zur Reform des Asylverfahrensrechts, InfAuslR 1981, 319 ff.
- Marx*, Ausländergesetz, 2. Aufl., 1981
- Marx*, Grundstruktur der Asylentscheidung, ZAR 1981, 42
- Marx*, Politische Justiz im Asylrecht, InfAuslR 1982, 238
- Maunz/Dürig/Herzog/Scholz*, Grundgesetz, Kommentar in Ergänzungslieferungen, Stand September 1981
- Menger*, Zur Abgrenzung des ausländerrechtlichen Verfahrens von Asylverfahren, VerwArch 72 (1981), S. 63
- Meyer/Borgs-Maciejewski*, Verwaltungsverfahrensgesetz, 1976
- Meyer-Ladewig*, Das Gesetzgebungsvorhaben einer Verwaltungsprozeßordnung, NVwZ 1982, 405 ff.
- Meyer-Ladewig*, Einstweiliger Rechtsschutz im Entwurf einer VwPO, DVBl. 1982, 117
- Meyer-Ladewig*, Vereinfachung und Beschleunigung verwaltungsgerichtlicher Verfahren, DVBl. 1979, 539
- Müller*, Probleme der Rechtsberatung und Betreuung asylbegehrender Ausländer, ZAR 1982, 25 ff.
- Müller*, Der Verfahrensgegenstand von Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen und der Zeitpunkt der rechtlichen Beurteilung von Verpflichtungsklagen, NJW 1982, 1370
- Müller*, Der alleinentscheidende Einzelrichter, NJW 1975, 860
- Müller*, Die Geschäftsverteilung in der erstinstanzlichen Zivilkammer nach Einführung des allein entscheidenden Einzelrichters, DRiZ 1976, 1
- v. Mutius*, Grundrechtsschutz contra Verwaltungseffizienz im Verwaltungsverfahren, NJW 1982, 2150
- Naujoks*, Kein streitentscheidender Einzelrichter bei den Verwaltungs-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsgerichten durch § 348 ZPO n. F., NJW 1976, 1672
- Ottmann*, Der Entwurf des Asylverfahrensgesetzes aus der Sicht der Ausländerbehörde, ZRP 1982, 44 ff.

- Otto-Benecke-Stiftung*, Grenzfragen des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl., 1982 (zitiert nach Verfasser, in: Grenzfragen, 3. Auflage)
- Pagenkopf*, Die Neuregelung des Asylverfahrensgesetzes, NVwZ 1982, 590
- Pagenkopf*, Asylrecht und Asylbewerberflucht, DÖV 1981, 898 ff.
- Pagenkopf*, Verringerung des Rechtsschutzes gegen behördliche Verfahrenshandlungen, NJW 1979, 2382
- Palandt*, Bürgerliches Gesetzbuch, 39. Aufl., 1980
- Paul*, Asylrecht im Zwielicht? Festschrift für Otto Mühl, 1981, 487
- Pfeiffer*, Knappe Ressource Recht, ZRP 1981, 121
- Philipp*, Ist das Grundrecht auf Asyl verfassungswidrig? NJW 1981, 1857 ff.
- v. Pollern*, Das moderne Asylrecht. Grundfragen und Entwicklungstendenzen im Völkerrecht und im Grundgesetz, 1979
- v. Pollern*, Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen seit 1979, ZAR 1981, 33–36
- v. Pollern*, Die Entwicklung der Asylbewerberzahlen im Jahre 1981, ZAR 1982, 93–95
- Poppelbaum*, Anmerkung zu BVerfG, Beschluß vom 25. 5. 1981, DVBl. 1981, 626 ff.
- Putzo*, Aktuelle Änderung des Zivilprozeßrechts zum 1. 1. 1975, NJW 1975, 185
- Rasehorn*, Der Einzelrichter in Zivilsachen – verfassungs- und praxisgemäß! NJW 1977, 792
- Reermann*, Das Asylverfahrensgesetz vom 16. Juli 1982, ZAR 1982, 127
- Redeker/v. Oertzen*, Verwaltungsgerichtsordnung, Kommentar 7. Auflage, 1981
- Redeker*, Bemerkungen zum Entwurf einer Verwaltungsprozeßordnung aus anwaltlicher Sicht, DVBl. 1982, 805
- Reichler*, Stellung und Aufgaben des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten, Verwaltungsrundschau 1979, 232
- Renner*, Anmerkung zu den Beschlüssen des BVerfG vom 2. 7. 1980 und vom 30. 6. 1981, ZAR 1981, 51
- Rittstieg*, Stand und Entwicklung des Asylrechts, ZRP 1981, 153 ff.
- Rühmann*, Die Genfer Flüchtlingskonvention und das »Zweitasyll« in der Bundesrepublik Deutschland, EuGrZ 1981, 385
- Rüthers*, Die unbegrenzte Auslegung, 1968
- Sachs*, Ist das Grundrecht auf Asyl verfassungswidrig? NJW 1981, 2608 ff.
- Schäfer*, Probleme des Asylverfahrens in der Praxis von Ausländerbehörden, in Sievering
- Schaeffer*, Asylberechtigung, 1980
- Schenk*, Beschleunigung des Asylverfahrens bis zum Stillstand, DÖV 1981, 212
- Schenk*, Die Behandlung »wiederholender Anträge«, NJW 1982, 490
- Schlink/Wieland*, Klagebegehren und Spruchreife im Asylverfahren, DÖV 1982, 426 ff.
- Schmidt-Bleibtreu/Klein*, Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 5. Aufl., 1980
- Schmitt*, Aktuelle Fragen des Asylprozeßrechts, BayVBl 1981, 225 ff.
- Schmitz*, Anhörung des Asylsuchenden vor Erlaß der ausländerbehördlichen Verfügung, NJW 1981, 1879
- Schnellenbach*, Der Gerichtsbescheid nach dem Entlastungsgesetz, DÖV 1981, 317
- Schnellenbach*, Zur Problematik einer Einführung des alleinentscheidenden Einzelrichters und der Zulassungsberufung in Asylsachen, DVBl. 1981, 161
- Schönbrunn*, »Zwangswise erkennungsdienstliche Behandlung«, Kriminalistik 1964, 425 ff.
- Schultze*, Der Streit um die Übertragung der Beweisaufnahme auf den beauftragten Richter, NJW 1977, 409
- Schultze*, Die Verfassungswidrigkeit der Einzelrichternovelle, NJW 1977, 2294

- Schumacher*, Der Entwurf der SPD/FDP-Bundestagsfraktion für ein Asylverfahrensgesetz, ZRP 1982, 41
- Schumacher*, Probleme der neuen Asylverfahrensgesetze, DÖV 1982, 806
- Sendler*, Zum Instanzenzug in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, DVBl. 1982, 157
- Sendler*, Guter Rechtsschutz und Verfahrensbeschleunigung, DVBl. 1982, 812
- Sievering*, Praxisprobleme im Asylverfahren, Arnoldsheimer Texte, 1982
- Sieverts*, Grenzfragen des innerdeutschen Asylrechts, Heft 1 der Reihe »Asylrecht« der Otto-Benecke-Stiftung, 1976
- Sigrist*, Zur Ermessensbetätigung der Ausländerbehörde bei Ausweisungsverfügungen und zu deren sofortiger Vollziehung anhand der Rechtspraxis in Berlin, DVBl. 1981, 673
- Spaich*, Asyl bei den Deutschen, Beiträge zu einem gefährdeten Grundrecht, 1982
- Stanicki*, Der Einzelrichter beim Landgericht als gesetzlicher Richter, DRiZ 1979, 342
- Steinmetz/Koch*, Gegen Einzelrichter im Verwaltungsprozeß, DÖV 1981, 50
- Stelkens/Bonk/Leonhardt*, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar 1978
- Stelkens*, Die Änderung höchstrichterlicher Rechtsprechung als nachträgliche Änderung der Rechtslage i. S. des § 51 I Nr. 1 VwVfG, NVwZ 1982, 492
- Stelkens*, Verwaltungsgerichtsbarkeit – Gerichtsbarkeit ohne Verwaltung, NVwZ 1982, 81
- Stober*, Grundgesetz und Amtssprache bei Ausländern, Verwaltungsrundschau 1979, 325
- Theis*, Probleme bei der Verteilung ausländischer Flüchtlinge auf die Bundesländer, ZAR 1981, 29
- Thomas/Putzo*, Zivilprozeßordnung, Kommentar, 10. Aufl., 1978
- Thomas/Putzo*, ZPO, 11. Aufl., 1981
- Ule/Laubinger*, Verwaltungsverfahrensgesetz, 2. Aufl., 1979
- Ule*, Effektiver Rechtsschutz in einer funktionsfähigen Rechtspflege?, DVBl. 1982, 821
- Weber (Hartmut)*, Verletzung der richterlichen Frage- und Aufklärungspflicht als Verfassungsverstoß, JuS 1976, 746
- Weber (Max)*, Politische Schriften, 3. Aufl., 1971
- Weitel*, Geschäftsverteilungsplan und gesetzlicher Richter, DRiZ 1977, 112
- Weizel*, Der grundrechtswidrige Zuschlag – BVerfG, NJW 1976, 1391 –, JuS 1976, 722
- Wipfelder*, Die Verfassung als rechtliche Grundordnung von Staat und Gesellschaft, BayVBl 1982, 161 ff.
- Wolff*, Verwaltungsrecht I, 7. Aufl., 1968
- Wolff/Bachof*, Verwaltungsrecht II, 4. Aufl., 1976
- Wolff/Bachof*, Verwaltungsrecht III, 4. Aufl., 1978
- Zitzelsberger*, Das neue Asylrecht, BayVBl. 1982, 609
- Zuleeg*, Stand und Entwicklung des Ausländerrechts in der Bundesrepublik Deutschland, ZAR 1982, 120

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEVO	Arbeitserlaubnisverordnung
ai	amnesty international
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv für öffentliches Recht
arg. e . . .	Argument, das sich aus . . . ergibt
Art.	Artikel
AsylVfBG	Zweites Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens, vom 16. 8. 1980 (BGBl. I, 1437)
AsylVfG	Gesetz über das Asylverfahren (Asylverfahrensgesetz)
Aufl.	Auflage
AuslG	Ausländergesetz
AuslVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes
B.	Beschluß
BAFöG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BDVR	Bund Deutscher Verwaltungsrichter
BegrBREntw	Begründung zum Gesetzentwurf des Bundesrats; Deutscher Bundestag Drucksache 9/221
BegrKEntw	Begründung zum Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP; Deutscher Bundestag Drucksache 9/875
BegrRAEntw	Begründung der Beschlußempfehlungen des Rechtsausschusses; Deutscher Bundestag Drucksache 9/1630
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGSG	Gesetz über den Bundesgrenzschutz
BKA	Bundeskriminalamt
BKAG	Gesetz über die Errichtung eines Bundeskriminalpolizeiamtes
BMI	Bundesminister des Innern
BR	Bundesrat
BREntw	Gesetzentwurf des Bundesrates (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens); Deutscher Bundestag Drucksache 9/221
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BT	Deutscher Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Amtliche Sammlung
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, Amtliche Sammlung
BWVBl	Baden-Württembergisches Verwaltungsblatt

d. h.	das heißt
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVBbl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO-AuslG	Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz
ED	Erkennungsdienst
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EOVGb	Entscheidungssammlung des OVG Berlin
ESVGb	Entscheidungssammlung des VGH BW und HessVGb
etc.	et cetera
EuGRZ	Europäische Grundrechtszeitung
EZAR	Entscheidungssammlung der Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte
FN	Fußnote
FR	Frankfurter Rundschau
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKG	Gerichtskostengesetz
GV. NW.	Gesetz und Verwaltungsblatt, Nordrhein-Westfalen
HessVGb	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
Hrsg.	Herausgeber
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht
insbes.	insbesondere
JZ	Juristenzeitung
KEntw	Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP, (Entwurf eines Gesetzes über das Asylverfahren); Deutscher Bundestag, Drucksache 9/875
LAG	Lastenausgleichsgesetz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungen d. Oberverwaltungsgerichts f. d. Land Nordrhein-Westfalen in Münster und für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg
RAEntw	Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß) zum KEntW und BREntw; Deutscher Bundestag, Drucksache 9/1630
Rdn.	Randnummer
Sp.	Spalte
StPO	Strafprozeßordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
U.	Urteil
u. a.	unter anderem
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees, Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
u. U.	unter Umständen
v.	vom
VerwArch	Verwaltungsarchiv

Abkürzungsverzeichnis

VerwRspr	Verwaltungsrechtsprechung
VG	Verwaltungsgericht
VGH BW	Baden-Württembergischer Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WPfG	Wehrpflicht-Gesetz
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
z. B.	zum Beispiel
ZfSH	Zeitschrift für Sozialhilfe
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zw	zweifelhaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Bearbeiterhinweis	VIII
Literaturverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIV
Zur Entstehungsgeschichte des AsylVfG	1
Asylverfahrensgesetz (Gesetzestext)	13
Vorbemerkung zu § 1: Grundlegung zum Begriff des »politisch Verfolgten« i. S. v. Art. 16 Abs. 2 GG unter besonderer Berücksichtigung der Rechtspre- chung des BVerfG	29
§ 1 Geltungsbereich	65
§ 2 Anderweitiger Schutz	69
§ 3 Rechtsstellung	78
§ 4 Bundesamt	83
§ 5 Bundesbeauftragter	88
§ 6 Handlungsfähigkeit	93
§ 7 Asylantrag	96
§ 8 Antragstellung	109
§ 9 Asylbegehren an der Grenze	118
§ 10 Verfahren bei unbeachtlichem Asylantrag	124
§ 11 Verfahren bei offensichtlich unbegründetem Asylantrag	137
§ 12 Verfahren vor dem Bundesamt	143
§ 13 Identitätsfeststellung	158
§ 14 Folgeantrag	164
§ 15 Erlöschen	173
§ 16 Widerruf und Rücknahme	178
§ 17 Besondere Vorschriften für die Zustellung	185
§ 18 Verbindlichkeit der Entscheidungen	195
§ 19 Aufenthalt	198
§ 20 Aufenthaltsgestattung	213
§ 21 Aufenthalt bei Folgeantrag	225

§ 22	Aufenthaltort und Verteilung	235
§ 23	Gemeinschaftsunterkünfte	246
§ 24	Aufnahme der Verbindung mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen	249
§ 25	Vorübergehendes Verlassen des Aufenthaltsorts	249
§ 26	Hinterlegung des Passes	252
§ 27	Ausweisungspflicht	255
§ 28	Aufenthaltsbeendende Maßnahmen	256
§ 29	Aufenthaltsurlaubnis	281
§ 30	Objektive Klagehäufung	287
§ 31	Einzelrichter	304
§ 32	Zulassungsberufung	314
§ 33	Erledigung des Verfahrens	339
§ 34	Straftaten	350
§ 35	Ordnungswidrigkeiten	354
§ 36	Verleitung zur mißbräuchlichen Antragstellung	354
§ 37	Einschränkung von Grundrechten	359
§ 38	Allgemeine Verwaltungsvorschriften	361
§ 39	Änderung des Ausländergesetzes	361
§ 40	Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung	373
§ 41	Zweites Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens	380
§ 42	Verweisung auf aufgehobene Vorschriften	380
§ 43	Übergangsvorschriften	380
§ 44	Berlin-Klausel	383
§ 45	Inkrafttreten, Außerkrafttreten	383
	Stichwortverzeichnis	384

Zur Entstehungsgeschichte des AsylVfG

I. Das »Asyl« als Politikum

Als das AsylVfG am 1. August 1982 in Kraft trat, sollte eine über vierjährige Kontroverse ihr vorläufiges Ende finden; eine Auseinandersetzung, an der neben Exekutive, Legislative und Judikative auch in starkem Maße die veröffentlichte Meinung, die »vierte Gewalt« (Presse, Funk, Fernsehen), und die mit dem komplexen Problem der Asylsuchenden befaßten gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen (Kirchen, Wohlfahrtsverbände, amnesty international u. a.) beteiligt waren. Zusätzlich artikuliert sich die »einfache Öffentlichkeit« nicht nur als »vox populi« über Interviews und Leserbriefe in den Medien, sondern darüber hinaus in Aktionen für und – bis hin zu schweren Gewalttaten – gegen Asylbewerber. Die Asylproblematik geriet zu einem der die politische Diskussion am meisten beherrschenden Themen der letzten Jahre.

Auf der legislativen Ebene wurden vor Inkrafttreten des AsylVfG die bis dahin in das Ausländergesetz inkorporierten Regelungen zur Durchführung der in Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG garantierten Asylgewährung bereits durch das 1. AsylVfBG vom 25. 7. 1978 (Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens, BGBl 1978 I, S. 1108 f.) und das 2. AsylVfBG vom 16. 8. 1980 (Zweites Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens, BGBl 1980 I, S. 1437 f.) novelliert; hinzu traten neben dem die Dezentralisierung der für Asylverfahren zuständigen Verwaltungsgerichte betreffenden Gesetz vom 25. 7. 1978 (Zweites Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung, BGBl 1978 I, S. 1107), dem befristeten Versagen der Arbeitserlaubnis (Sechstes Gesetz zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (Wartegesetz) vom 3. 8. 1981, BGBl 1981 I, S. 802 i. V. m. Sechste Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung vom 24. 9. 1981, BGBl 1981 I, S. 1042) und der Ausdehnung der Sichtvermerkspflicht (auf Afghanistan, Äthiopien, Türkei und die Länder des indischen Subkontinents) eine Vielzahl von Einzelregelungen in den Bundesländern, die vor allem die Aufnahme, Unterbringung und soziale Versorgung der Asylsuchenden zum Inhalt haben.

Dieser, auf kurzfristige Lösungen aktueller Probleme, die insbesondere mit dem Ansteigen der Asylbewerberzahlen 1980 zusammenhängen, gerichteten Novellierungshektik soll das neue AsylVfG ein Ende bereiten. (»Wir geben auch zu, daß in den Jahren 1978 bis 1980 angesichts dieser Flut von Asylbewerbern immer wieder dilettantisch nachgebessert wurde und daß dabei eine Flickschusterei entstanden ist. Jetzt haben wir uns entschlossen, ein Asylverfahrensgesetz aus einem Guß zu machen.« Dr. Schöfberger (SPD) am 14. 5. 1982 vor dem Bundestag, BT-Plenarprotokoll 9/101, S. 6096.) Doch schon kurz nach seiner Verabschiedung kritisierte der Bund Deutscher Verwaltungsrichter das Gesetz energisch, stellte »gravierende Mängel und Ungereimtheiten« fest und wies auf erhebliche Schwierigkeiten für die Rechtsprechung hin (vgl. FR v. 31. 7. 1982, S. 1 f.; FAZ v. 2. 8. 1982, S. 3).

Warum stößt ein Gesetz, dem eine lange, umfassende Auseinandersetzung vorausgeht, das den Asylbereich zum ersten Mal eigenständig behandelt und vom Gesetzgeber als generelle Neuregelung konzipiert ist, unmittelbar auf harte Kritik der Richterschaft? Welche divergierenden rechtspolitischen Vorstellungen trafen im Verlauf des langwierigen Entstehungsprozesses aufeinander und wie wurden sie zum Kompromiß gebracht? Ist dieser zum Gesetz gewordene Kompromiß von Dauer oder trägt er bereits die erste Novellierung auf der Stirn? Und vor allem, wird